

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Hans Bernhard Beus  
vom 2. Mai 2008**

Die Empfänger von Dienst- und Amtsbezügen haben durch das Einmalzahlungsgesetz 2005, 2006 und 2007 vom 16. Mai 2007 (BGBl. I S. 746) für die Jahre 2005 bis 2007 jeweils eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro erhalten.

Das Bundeskabinett wird sich voraussichtlich in seiner Sitzung am 7. Mai 2008 mit der Übertragung des Tarifergebnisses vom 31. März 2008 befassen.

19. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)      Wie ist die Übertragung des Tarifabschlusses geplant (eins zu eins bzw. eventuell Abweichungen benennen), und wie erfolgt die Ost-West-Angleichung?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Hans Bernhard Beus  
vom 2. Mai 2008**

Die Einzelheiten der Übertragung, darunter auch die Übernahme der Tarifvereinbarung zum Tarifgebiet Ost, werden Gegenstand der Beschlussfassung des Bundeskabinetts sein.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

20. Abgeordnete **Mechthild Dyckmans** (FDP)      Wie war die Bundesregierung bei der am 10. März 2008 von der EU-Kommission veranstalteten Konferenz über die Europäische Privatgesellschaft (Societas Privata Europaea, SPE) vertreten, und welche Erkenntnisse hat sie aus dieser Konferenz für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Deutschland gewonnen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach  
vom 5. Mai 2008**

Auf der genannten Konferenz war die Bundesregierung durch den Referatsleiter und einen Referenten aus dem für das Europäische Gesellschaftsrecht zuständigen Fachreferat des Bundesministeriums der Justiz vertreten.

Die Konferenz hat erneut deutlich gemacht, dass die Europäische Privatgesellschaft (EPG) als eine einheitliche supranationale Rechtsform speziell auf die Bedürfnisse der KMU zugeschnitten sein soll. Zu diesem Zweck sollen der Gründungsaufwand, insbesondere die Gründungskosten, soweit wie möglich reduziert und das Registrierungsverfahren vereinfacht werden. Dem geforderten Maß an Flexibilität will

man dadurch Rechnung tragen, dass die Satzung der Gesellschaft in vielen Bereichen der Vertragsfreiheit unterliegt.

Für KMU aus Deutschland würde sich die EPG damit vor allem für die Gründung ausländischer Tochtergesellschaften eignen. Nach Aussagen von Vertretern mittelständischer Unternehmen ließen sich durch die neue Rechtsform Kosten sparen, die bisher häufig für die Ermittlung und Anwendung von Vorschriften ausländischen Gesellschaftsrechts aufgewandt werden müssen.

Die Einzelheiten des möglichen Statuts der EPG werden sich aus einem Verordnungsentwurf ergeben, den die EU-Kommission im Sommer 2008 vorlegen will. Dieser Entwurf bleibt abzuwarten.

21. Abgeordnete  
**Mechthild  
Dyckmans**  
(FDP)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 17. April 2008 (Az.: C-404/06), nach der die Vorschrift des § 439 Abs. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die den Käufer im Fall einer Ersatzlieferung dazu verpflichtet, an den Verkäufer eine Vergütung für die Nutzung der zunächst gelieferten mangelhaften Kaufsache zu zahlen, mit der Gemeinschaftsrichtlinie über die Verbrauchsgüter (ABl. Nr. L 171 S. 12) nicht vereinbar ist?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 5. Mai 2008**

Die Bundesregierung wird die nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung einer europarechtskonformen Umsetzung der Bestimmungen der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter (1999/44/EG) unverzüglich ergreifen. Welche Schritte hierzu erforderlich sind, wird derzeit geprüft.

22. Abgeordneter  
**Hans-Michael  
Goldmann**  
(FDP)
- Welche Daten zu Zugverspätungen hat die Deutsche Bahn AG der Bundesregierung für den Gesetzentwurf zu den Fahrgastrechten zur Verfügung gestellt?

**Antwort der Bundesministerin Brigitte Zypries vom 2. Mai 2008**

Die Deutsche Bahn AG hat dem Bundesministerium der Justiz und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz interne Zahlen über Zugverspätungen nur mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt, dass diese Zahlen nicht an Dritte weitergegeben werden. Die Deutsche Bahn AG hat sich aber bereit erklärt, in einem persönlichen Gespräch mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ulrike